

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

36 (12.2.1925)

Der Steuerkampf beginnt

Die Pläne des Reichsfinanzministeriums

Mit dem programmatischen Vortrag, den der Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums Dr. Popitz am Dienstag vor dem Steuerausschuß des Reichstags gehalten hat, ist jener große Kampf um die Lastenverteilung eröffnet, der in den nächsten Monaten zwischen Reich und Ländern ausgetragen werden muß. Es handelt sich noch nicht um eine endgültige Verteilung der Lasten, die sich aus dem Londoner Abkommen für Deutschland ergeben. In ihrer vollen Höhe von jährlich 2 1/2 Milliarden treten diese Lasten erst im Jahre 1928 in Kraft. Vorläufig gilt es, die eigene Staatswirtschaft auf feste, dauerhafte Grundlagen zu stellen und zugleich die Lücken auszufüllen, die durch Beschlagsnahme der Eisenbahnerträge und der Eisenbahnsteuer für Reparationszwecke in den Einnahmen des Reiches entstehen. Es liegt auch unter Beschränkung auf dieses Ziel noch kein völlig abgeschlossenes Programm vor. Vor allem fehlt noch der sehr wichtige Abschnitt, der den Ausgleich zwischen dem Reich, den Ländern und Gemeinden betrifft, und der noch den Gegenstand heftigsten Streits zwischen den Regierungen des Reiches und der Länder bildet. Was Herr Popitz vorgebracht hat, genügt aber schon, um zu erkennen, wohin die Reise geht: Auf allen Gebieten der Steuererhebung Entlastungen der Leistungsfähigen zwecks „Förderung der Kapitalbildung“, über die Entlastung der wirtschaftlich Schwachen dagegen schweigt des Sängers Stille. Vergewaltigt wird uns, was Herr Popitz an Hand der dem Reichstag vorliegenden Gesetzentwürfe angeündigt hat:

1. Die Einkommen- und die Körperschaftsteuer soll wieder auf den Boden der gleichmäßigen Veranlagung des Ertrags (statt des Umsatzes) gestellt, die monatliche Vorauszahlung soll durch die vierteljährliche (nach Ablauf des Quartals) ersetzt, das Rechtsmittelverfahren wieder in vollem Umfang in Kraft gesetzt, die Verzugszuschläge und Sündungszinsen noch weiter ermäßigt, vor allem aber ein neuer Steuertarif geschaffen werden, der für die großen und größten Einkommen die weitgehenden Ermäßigungen bringt, bei den kleinen und kleinsten Lohn- und Gehaltseinkommen die unerträgliche Belastung aber so bestehen läßt wie sie ist. Hinzukommen soll noch an Vergünstigungen für die Landwirtschaft die Einführung von nur drei Zahlungsterminen statt der vier für die übrigen Berufe und weitgehende Beteiligung von Laien (also von Steuerpflichtigen aus der Landwirtschaft) bei der Veranlagung. Zur Hebung der Steuermoral (!) soll bei den größten Einkommen die Belastung nicht über 33 Prozent hinausgehen, während das Ausland zum Teil viel höhere Sätze erhebt. Dabei soll aber an dem Anfangssatz von 10 Prozent, der nirgends in der Welt von den kleinen Einkommen erhoben wird, festgehalten werden.

2. Bei der Vermögenssteuer soll an dem der Regierung äußerst hoch einschendenden Satz von 0,5 Prozent festgehalten, die in Geltung befindliche Progression bis zu 0,75 Prozent aber gestrichen werden. Die Vermögenszuwachssteuer, die noch zu Recht besteht, nach der 2. Steuerreformordnung aber nicht erhoben wird, soll auch weiterhin unerhoben bleiben. Die besondere Kapitalertragsteuer soll in die Einkommensteuer eingearbeitet werden, d. h. verschwinden. Das Hauptmotiv der Regierung bei der Schonung der Vermögenden ist, die „Vermögensbildung“ zu erleichtern. Wenn sich neues Kapital bildet, das wirtschaftlichen Zwecken dienstbar gemacht werden soll, dürfte man es nicht zugleich wieder mit Steuern wegnehmen, sagt Herr Popitz. Schön! Aber auch Herr Popitz ist bekannt, daß die Vermögensbildung nicht durchweg wirtschaftlichen Zwecken dient. Weiter: Dient das Vermögen, das viele Kleine mit ihren Sparpennigen bilden, auf dem Umwege über die Sparinstitute nicht ebenso wirtschaftlichen Zwecken, wie das der wenigen Großen, die mit dem Vermögensertrag herrlich und in Frieden leben? Endlich: Was sollen die Arbeiter, die Kleinhandwerker, die Angestellten, die niederen Beamten dazu sagen, daß man dem Großbesitz die weitere Vermögensbildung durch Steuerliche Schonung erleichtert, für ihr Vermögen, nämlich die Arbeitskraft, aber nicht die geringste Schonung gelten läßt! Die großen Volkswirtschaftler im Reichsfinanzministerium scheinen immer noch nicht erkannt zu haben, wie hoch das Volkvermögen zu bewerten ist, das in der menschlichen Arbeitskraft investiert ist.

3. Auch auf dem Gebiete der Kapitalverkehrsbesteuerung sind weitgehende Erleichterungen geplant, über die Herr Popitz zahlenmäßige Mitteilungen noch nicht machte. Er deutete nur an, daß die Zulassung von Gesellschaften im Rechtsinn, die mit zu starken Abgaben belastet sei, wieder erleichtert werden müsse, daß man die großen Unternehmungen mit der Gründung von Schachtelgesellschaften nicht ins Ausland gehen lassen dürfe, kurz, daß man „zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung“ auch hier wirksame Ermäßigungen gewähren müsse.

4. Als Gegenstück für alle diese Entlastungen des zahlungsfähigen Besitzes kündigt Herr Popitz an, daß bei der Erbschaftsteuer „etwas stärker zugegriffen“ werden solle. Aber auch hier braucht der Großbesitz nicht zu erschrecken. Bei Erbverträgen soll der bei Millionenvermögen in Kraft tretende Höchstfuß von 15 Prozent erreicht werden, während das reiche England schon bei seinem Vorkriegswohlstand 20 Prozent erhob. An der Befreiung des Erbes der Ehegatten, die Stinnes sich so ausgezeichnet zunutze zu machen wußte, soll nicht gerüttelt werden, abgesehen von kinderlosen Ehegatten.

5. Der Großtat der verschärften Erfassung des Kindeserbes bei großen Hinterlassenschaften folgt auf dem Zuge der antisozialen Plan der Besteuerung aller Wirtschaftsbetriebe der Länder und Gemeinden zugunsten des Reiches, und umgekehrt der Betriebe des Reiches zugunsten der Länder und Gemeinden. Ob das dahin führen soll, daß in jeder Gemeinde das Postamt zur Ge-

werbesteuer herangezogen wird, ist noch nicht aufgeführt. Von dem Standpunkt des Herrn Popitz aus, daß jeder, der sich am Erwerbseben beteiligt, unter den gleichen Bedingungen arbeiten müsse, hätte man die Frage zu bejahen. Das könnte ja nett werden!

6. Schließlich aber kommt die sozialpolitische Einsicht zum Zuge bei der Neugestaltung der Lohnsteuer. Nicht als ob die Reichsregierung dem sozialdemokratischen Antrag entsprechen wollte, den steuerfreien Lohnbetrag von 60 auf 100 M monatlich zu erhöhen. Das bedeute einen Ausfall von 600 Millionen sagt Herr Popitz mit erhobenem Finger. Darauf kann die Regierung, die 700 Millionen den Ruhrfürstigen zuwirft und allen Beschäftigten die größte Rücksicht angedeihen läßt, nicht verzichten. Sie will aber den kinderreichen Familien in der Weise entgegenkommen, daß Lohnsteuerpflichtige mit mehr als drei Kindern für jedes weitere Kind nicht 1, sondern 2 Prozent Ermäßigung genießen sollen. Das sieht äußerst human aus, tut aber der Steuerlast nicht weh, weil die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen mit vier und mehr Kindern nicht ins Gewicht fällt.

Ueber die Frage der Erhöhung der Steuer auf den „entbehrlichen Verbrauch“ ist sich die Regierung noch nicht im klaren. Entschlossen ist sie dagegen, die Umsatzsteuer in der jetzigen, sonst nirgendwo in der Welt bestehenden Höhe von 1 1/2 Prozent bestehen zu lassen! Die Erhebung einer Sondersteuer von dem über die Inflationszeit hinausgeretteten vollen Vermögensbesitz und dem trotz der Inflation ererbten Vermögenszuwachs, die den Aufwertungszwecken zu dienen hätte, lehnt die Regierung ab.

Kun lage noch einer, die Reichsregierung hätte kein soziales Empfinden! In den Kreisen der Deutschen nationalen waren sofort nach Bekanntwerden dieser Pläne Freuden ausbrüche zu beobachten. Die Volkswirtschaftler, deren Interessen von den Deutschnationalen vertreten werden, können sich über Mangel an Verständnis bei der Regierung wirklich nicht beklagen. Anders die Lohn- und Gehaltsempfänger und kleinen Leute überhaupt. Sie seien die Mehreren, sagte Herr Popitz, und die Masse müsse es bringen. Hoffentlich werden diese Massen aus der Tatsache, daß sie die Mehreren sind, auch einmal die entsprechende politische Anwendung ziehen. Wir werden es nicht daran fehlen lassen, ihnen zu jagen, worin diese Anwendung zu bestehen hat.

Prozeß Himmelsbach-Fernbach

Neue erregte Auseinandersetzungen

Paris, 10. Febr. Zu Beginn der heutigen Verhandlungen im Himmelsbach-Prozeß gab es gleich wieder recht erregte Zusammenstöße, als der Kläger Himmelsbach wieder schon in den letzten Verhandlungen den Vorwurf brachte, daß die Holzanbieter sich zum Abschluß der Sonderverträge mit den Franzosen unter Zwang hätten entschließen müssen, weil die deutschen Reichsbehörden sich weigerten, die damals noch schwebenden Anträge zur Kenntnis zu nehmen. Dieser Behauptung wurde jedoch von den Vertretern der Reichsbehörden in ebenfalls sehr temperamentsvoller Weise widersprochen, jedoch mitunter mißverständlich von einer Verhandlungsführung kaum noch die Rede sein konnte. Der juristische Vertreter einer Holzfirma in Reims, Dr. Schmidt, erklärt, daß das Abkommen zwischen den 11 deutschen Holzanbietern und den französischen Forstverwaltungen in erster Linie den Zweck verfolgte, die von den Franzosen bedrohten Wälder zu retten. Seine Firma habe erst sehr lange Zeit nach Abschluß der Sonderverträge mit ganz kleinen Schlägen begonnen. Bei einer Weigerung der Holzindustrie mußte man mit einer Beschlagsnahme der Wälder rechnen. Es bestand weiter die Gefahr, daß die Franzosen selbst die Wälder abholzen und die Stämme nach Frankreich und Belgien ausgeführt hätten. Im Sommer 1924 haben die Franzosen Holz geschlagen. Der Verluste nennt es eine sehr interessante Feststellung, daß die Franzosen in mehreren Monaten nur 50 000 Kubikmeter zu fällen vermochten, während es sich in den Sonderverträgen um die zehnmaligen Mengen handelte.

Der Vorstehende fragt weiter: „Was es bei dem Eigenbetrieb der Franzosen in den Wäldern keinen passiven Widerstand?“ Neuge: „Vollkommen ausgeschlossen! Bei der absoluten Verlegenheit des besetzten Gebietes war es den Arbeitern ganz gleichgültig, wer sie besaß, deutsche Firmen oder französische. Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß die deutschen Behörden über die zwischen der Holzindustrie und den Franzosen schwebenden Verträge unterrichtet gewesen sind. Dr. Himmelsbach: Es ist bereits am 15. März mit dem Staatssekretär Hagedorn über die Sonderverträge gesprochen worden, aber er wollte damals ab und sagte, wir würden mit diesen Verträgen kein Geschäft haben, weil in dieser Angelegenheit ein Kabinettsbeschluss vorliegt. Ministerialrat Waniel: Auch ich erkläre, daß wir Ende März von den damaligen Reichsbehörden bei der hantierenden Regierung eine Mitteilung erhielten, in der es hieß, daß die Firmen Himmelsbach und Schenk mit den Franzosen Verträge abgeschlossen haben. Genannte Aufkünfte konnten wir nicht erhalten, und wir haben auch von Holzanbietern die Vertreter aller Behörden und Reichsstellen haben hier unter Eid bekundet, daß sie die Verträge kennen lernen wollten, daß aber immer und immer wieder die Holzanbieter, die an den Verträgen beteiligt waren, die Vorlegung genauer Einträge in die Verträge ablehnten.“

Tscheta-Prozeß

Paris, 10. Febr. Unter starkem Andrang des Publikums begann heute vor dem 1. Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik der große Prozeß gegen die sogenannte deutsche Tscheta. Von Seiten der Polizei sind umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Angeklagt sind 16 Kommunisten, sämtlich wegen Hochverrats bezw. Weisung dazu in Tateinheit mit Geheimbündeltätigkeit gemäß dem Gesetz zum Schutze der Republik, einige von ihnen auch wegen Verabredung gegen das Sprengstoffgesetz. Die Angeklagten behaupten, daß nach dem Wutier der russischen Tscheta die deutsche Tscheta gebildet wurde, um den gewaltsamen Sturz in Deutschland und die Diktatur des Proletariats herbeizuführen, sodann etwaige Vertreter an der kommunistischen Sache zu beteiligen. Dazu sollte eine starke, zentralistische militärische Organisation dienen, für die Waffen, Sprengstoff und Munition beschafft werden sollte. Der militärische Leiter der ganzen Geheimorganisation soll ein Russe namens Stobolowitsch alias Goren gewesen sein. — Die Angeklagten erhielten Schuttmateriale und Schuttbüchse Angeklagte erhalten Schuttbüchse. — Im weiteren Verlauf des Tscheta-Prozesses verlangen die Verteidiger die Ablehnung des gesamten

Staatsgerichtshofes und des Vorsitzenden Dr. Nieber. Der Reichsanwalt sprach sich dagegen aus. Das Gericht wies schließlich den Ablehnungsantrag gegen Dr. Nieber als unbegründet ab und denjenigen gegen den Gerichtshof als unzulässig zurück.

Die geplante Militärkontrollnote der Allierten

London, 11. Febr. (Eigener Funddienst.) Die von den Alliierten geplante Note über die Militärkontrolle in Deutschland soll nach der englischen Presse sehr umfangreich sein und im wesentlichen aus 7 Spezialberichten bestehen. Zu dem ersten Bericht wird angeblich ein vollständiges Verzeichnis mit Einzelheiten über alle Verfestigungen Deutschlands aus dem Friedensvertrag festgelegt. Zweitens soll der Nachweis geführt werden, daß die deutsche Regierung ein rechtliches System der Ausbildung der Reserve über die Grenzstädte, die im Friedensvertrag vorgesehen ist, hinaus eingeführt hat. 3. Wird der Aufbau der Stubeuten ein längerer Kapitel gewidmet. Der Abschnitt 4 gibt eine Erklärung darüber, daß die Schutzpolizei als eine unter der deutschen Regierung zentralisierte Kampfeinheit ausgebildet wird, statt über das ganze Land verteilt zu sein und den lokalen Behörden zu unterstehen. 5. Wird die Beschaffung begründet, daß die deutsche Regierung Maßnahmen zur Herstellung von Waffen verloren habe. Auch der „großen und kleinen Waffenfabriken bei Krupp“ wird ein längerer Kapitel gewidmet. Die Note dürfte mit einer Erklärung abschließen, daß die ganze Organisation der deutschen Armee darauf aufgebaut sei, gegebenenfalls zu einer großen Streitmacht erweitert zu werden und infolgedessen die moralische und politische Abrüstung Deutschlands noch nicht durchgeführt sei.

Konfessionelle Keilerei in Marseille

Paris, 10. Febr. Gestern abend fand in Marseille eine öffentliche Versammlung statt, die von katholischer Seite einberufen worden war und in der man sich mit der Frage der Aufhebung der französischen Volkshaus beim Kaiser beschäftigte. Der Bürgermeister von Marseille, der sozialistische Senator Platieres, hatte schon vorher in einem Maueranschlag gegen das Einbringen des Volkshauses in der Versammlung der Stadt Protest erhoben. Nach Beendigung der Versammlung an der Generalrat de Castellana teilnahm, kam es zu einer Schlägerei, bei der 30 Personen verletzt wurden, darunter vier schwer.

Paris, 11. Febr. Die Zwischenfälle in Marseille, die sich am Montag abend nach Beendigung der Katholikerversammlung ereigneten, sind ernstesten Charakters. Außer etwa 100 Personen, die bei der Schlägerei verletzt wurden, sind in der vergangenen Nacht zwei Personen im Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen. Verschiedene Verhaftungen sind vorgenommen worden. Die Untersuchung dauert an.

Französischer sozialdemokratischer Parteitag

Diskussion über die Unterhaltungspolitik gegenüber Serbien

Paris, 10. Febr. Der sozialistische Kongreß in Grenoble setzte heute vormittag die Erörterung über die allgemeine Politik der Kammerfraktion fort. Das größte Interesse nimmt die Rede des ehemaligen Abg. Louquet in Anspruch, der die Unterhaltungspolitik, die die Kammerfraktion betriebe, nicht billigen konnte. Man müsse den guten Willen der Serben anerkennen und in Betracht ziehen, daß er nicht von heute auf morgen die Beschäftigung beeinflussen könne und daß es ihm nicht möglich sei, in so kurzer Zeit die Lebensmittelpreise herabzusetzen, aber er hätte viel energischer gegen die Spekulation vorgehen können und man müsse erklären, daß seine Regierung sich gegenüber den Wagnern der Eisenbahngesellschaften und den großen Räubern der Industrie und des Landes wie ein kleiner Knabe benommen habe. Louquet beschäftigte sich dann mit der letzten Rede Herriots und sagt: Wenn Jaures das letzte, als Herriot die absolute Theorie vom Aben entwickelte, was würde er dazu gesagt haben. Jaures, der ein wunderbares Buch über die Ursachen des Krieges von 1870 geschrieben hat, würde daran erinnern, daß diese Politik des linken Kleinmiesers Frankreich die Kräfte Rußlands XIV und Napoleon einbrachte hat und er würde auch Bismarck Recht geben, es sei ebenfalls diese Politik der Befehung des linken Kleinmiesers, die es veranlaßte, daß 1917 der Friede geschlossen wurde. Im Namen der erfolgreichsten Sozialisten sprach Grundbach, der das Kabinettsratsmitglied der L. G. L. Dumoulin kritisierte den öffentlichen Anschlag der Abgeordneten Herriots.

Paris, 11. Febr. Auf dem sozialistischen Kongreß in Grenoble sprach u. a. der Abg. Renaudel, der erklärte, die Grundlage der Unterhaltungspolitik müsse jetzt genau bestimmt werden. Herriot habe viel von dem, was er in seinem Brief an die sozialistische Partei versprochen habe, bereits erfüllt, nämlich die Anerkennung der Sozialregierung, die Annahme des Dawesplanes und die Faltung des Wälderbundes in der Sicherheitsfrage. Was die Rubrikpolitik anbelange, so sei zu bemerken, daß das Außenministerium nicht militärisch gerichtet sei, aber ein Zeitpunkt für die Abklärung sei festgesetzt. Wenn an diesem Tage Herriot sein Versprechen nicht halte, sei es aus mit der Unterhaltungspolitik. Bei der letzten Unterredung habe er ihn wegen der Taktik, die es zum Teil an den Tag gelegt habe, gebührend er habe versprochen, daß er seinen Kriegsminister zwingen werde, die militärischen Reformen durchzuführen. Er habe auch Verbesserungen hinsichtlich der sozialen Gesetzgebung zugesagt. Der Druck mit der Regierung könne nur kommen, wenn sie sich schwach zeige, aber wenn die Sozialisten im Lande eine solche bedruckte Angebots zeigten. Gegen 2 Uhr nachmittags wurde die Diskussion geschlossen.

Paris, 12. Febr. Am Sozialistenkongreß in Grenoble begann gestern nachmittag die Diskussion über die Wahlen für die Kammer. Der Abg. Barreux erklärte, man dürfe sich nicht für die Verhältniswahl entscheiden, dann würden die Arbeitslosenmengen in der Kammer nicht gemindert werden. Wenn aber die Kammer die Verhältniswahl annehme, dann werde der Senat diesen Antrag zurückweisen. Es sei deshalb notwendig, ihn vorzugeben, um kein Ergebnis zu erzielen, das die Partei vorteilhaft nicht wünsche. Wenn man sich aber entscheidet, dann solle man wohl bedenken, welche Folgen der Beschluß des Kongresses haben könne.

Die gestern vom Kongreß eingesetzte Resolutionskommission hat die ganze Nacht hindurch bis zum Morgen beraten. Ob es möglich gewesen wäre, sich über den Wortlaut des Ausschusses bezüglich der Unterhaltungspolitik zu einigen. Nach dem Bericht der Agentur danach war die Debatte teilweise sehr lebhaft. Die Abgeordneten Louis Blum, Renaudel und der ehemalige Abgeordnete Braud haben den Auftrag erhalten, einen vorläufigen Text auszuarbeiten, der die Grundlage für die weiteren Erörterungen in der Resolutionskommission abgeben soll.

Unterhaltung und Belehrung

Die Flüchtlinge

Roman von Johannes Vinnankowski

27

Rachdruck verboten.

(Fortsetzung)

So verging der Vormittag. Untela fühlte, wie die Schmerzen, die in diesen Tagen manchmal sehr heftig gewesen waren, vollständig nachließen und eine seltsame, mit Müdigkeit gemischte Kühle ihn zu beschleichen begann. „Am Nachmittag“, dachte er, „so glaube ich.“ Das Testament lag unter dem Kissen und wartete nur auf seine Stunde. Alles war in Ordnung, er selbst mit allen im Klaren.

Und so begannen seine Gedanken immer öfter aus der Gegenwart in die Vergangenheit zu wandern — nach Tanaftland, in sein Mannesalter, zu seiner Schwester, zu seinen früheren Gehörten und Aedern, zu seiner verstorbenen Frau. Namentlich zu dieser und den Zeiten in Dumifangas. Bald gruben sie zusammen die Ackerbeete länger, bald arbeiteten sie sonst etwas. Wie wenn Majia hin und wieder heimlich nach ihm geblickt und genickt hätte: „Was gehen dich die Hofbesten an, laß uns nur hier arbeiten — du siehst doch, daß wir uns bald ein Gehöft geschaffen haben!“

Wie wenn er selbst wieder genickt hätte, ebenfalls heimlich: „Gewiß sehe ich es, gewiß sehe ich es — laß uns nur arbeiten!“

Da aber, gerade vor der Mittagszeit, wachte er gleichsam auf, und sein sorgender Tapaßgeist begann sich wieder zu regen. Er bemerkte, daß doch noch nicht alles erledigt war — dort für Tanaftland.

„Es ist vielleicht doch unnötig“, dachte er. „Karolina wird es auch ohne das verstehen.“

„Es ist nicht einerlei, es muß doch gesehen“, beschloß er und wollte Hella hereinrufen lassen. „Vielleicht denke ich es immerhin erst fertig“, meinte er bei sich und begann zu überlegen.

Als er aber da lag und sann, wurde alles so lebendig, wie wenn Hella schon bei ihm gewesen wäre und sie angefangen hätten.

„Wir wollen einen kleinen Brief nach Tanaftland an Karolina schreiben“, sagte er bei sich zu dem Mädchen. Es war, als hätten sich ihre Lippen zu einem dreiten Lächeln verzogen, als sie den Namen Tanaftland ausgesprochen hätte, und wie wenn sie mit der Feder zwischen den Fingern eifrig Anstalten getroffen hätte.

„Wir wollen so schreiben: Ich konnte dir nicht früher Nachricht schicken. Aber jetzt ist besser Zeit. Du hast freilich recht gehabt, Schwester. Aber es ist doch zum guten Ausgesehen.“

„Ich er glaubte zu bemerken, wie ihn das Mädchen mit verwunderten Augen ansah und dann fragte: „Wird sie t u hieraus verstehen...?“

„Sie versteht es schon — die Schwester“, erwiderte Untela in solchem Ton, daß auch das Mädchen sofort einjahte. So ist es ja, Schwester und Bruder verstehen sich doch immer.“

„Schreiben wir dann so“, fuhr Untela wieder in seinen Gedanken fort: „Mir ist Majias Grab eingefallen. Wächstest du wohl hingehen und nachsehen, ob das Kreuz nicht umgefallen ist, und dann ein wenig säubern, falls trotzende Zweige von der Spitze heruntergefallen sind oder Unkraut darauf gewachsen ist.“

Er sah den Friedhof vor sich — mit den Espen, Birken und Weiden, den weißen und schwarzen Kreuzen. Uppiger als alle anderen stand die große Espe in der Ecke, und Majias weißes Kreuz blinkte so schön unter den belebten Zweigen hervor.

Aber plötzlich fiel ihm etwas schwer aus dem Herz — er erinnerte sich, daß er sich dieser Ecke einmal gleichsam gesichert hatte. Doch dies Gefühl ging bald vorüber. „Karolina wird es schon machen“, dachte er.

Im nächsten Augenblick entsann er sich nicht mehr, daß je so etwas gesehen war. Er sah nur das Kreuz unter den Zweigen hervorblitzen. Dann hörte er ein leises Klirren — das zarte Klirren der Birken und Weiden und das lautere Klirren des Espenlaubes vereinigte sich zu Tönen. Ihm wurde so wunderbar warm und feierlich zu Mute, daß er sich umsah, wohin er sich setzen sollte, um den Klängen länger zuhören zu können.

Doch zugleich fühlte er, als habe ihn Hella am Hembärmel berührt: „Was soll ich dann schreiben?“

„Ach, ich habe ja den Brief ganz vergessen! — Nun nur noch dies: Diesmal weiter nichts. Ich wollte dir nur mitteilen, daß ich an euch gedacht habe. — Sey aber noch das Datum.“

Das Mädchen beugte sich wieder zum Schreiben nieder. „Daraus versteht sie es, wenn sie hört, daß es gerade kurz vorher gewesen ist“, dachte er.

Der Brief war nun fertig. Doch dachte Untela noch, was er dem Mädchen dann selber sagen sollte, da dies sicher das letzte Mal war, daß er mit ihr sprach. „Möchtest du denn gern nach Tanaftland zurück?“

„So furchtbar gern“, antwortete sie und senkte den Kopf.

Er streckte die eine Hand aus und legte sie dem Mädchen auf den Scheitel: „Du kommst schon noch hin. — Hab nun Dank für alles!“

Dann verank er wieder in seine Gedanken. „Eigentlich sollte ich selber auch hin — neben Majia — dorthin gehöre ich ja doch“, überlegte er. „Das könnte ich ja bestimmen.“

„Kühnheit!“ schloß er nach einer Weile. „Es ist ja einerlei, wo ich liege.“ Und in seinen Ohren begann wieder das stille Tönen der Birken, Espen und Weiden zu saunen.

Gleich danach fiel ihm jedoch wieder etwas ein, und er bliete neben sich: „Du besorgst ihn doch dann zur Post?“ Er mußte über seinen eigenen Irrtum lachen — der Brief war ja noch nicht geschrieben! Er fühlte sich aber müde, und ihn verlangte, noch etwas dem wunderbaren Klängen zu lauschen, das immer noch in seinen Ohren tönte. „Er ist ja dann am Nachmittag bald geschrieben — wo er jetzt fertiggedacht ist.“

Um die Mittagszeit kamen die Burshen herein, wie um nachzusehen, ob sie es noch wagen könnten, zu den Arbeiten auf den Acker zu gehen, oder ob sie zuhause bleiben sollten.

Untelas Augen begannen zu strahlen, als er sie erblickte. Er bemerkte, daß sie niedergeschlagen waren. „Lodert sich die Krume gut?“ fragte er, um ihre Gedanken abzulenken.

„Ja, sehr schön“, erwiderte Bistori erleichtert. Untela nickte ihnen zu und lächelte. „Es geht Ihnen wohl noch gar nicht so schlecht, Untela?“ fragte Bistori ängstlich plump.

„Nein — es geht mir schon besser“, antwortete Untela. Es war wirklich wahr, aber ihm schien es, als sei es keine aufrichtige Antwort in dem Sinne gewesen, in dem die Burshen gefragt hatten. Er winkte sie zu sich.

Es tat ihm weh, daß er nicht zu ihnen sagen konnte, wie er gewollt hätte: „Möge euch der Hof zum Glück gereichen — euch und euren Kindern!“ Er hätte so gern gerade diese Worte den fleißigen, braven Jungen gesagt, die er liebte wie eigene Söhne.

Aber er konnte es nicht. Er streckte ihnen nur beiden die Hand hin und sagte in gerührt bebendem Ton: „Sagt nun Dank, Jungens!“ nickte mit dem Kopf und schrie sich der Wand zu.

Die Burshen saßen es als Abschiedsgruß auf, schauten noch einmal hin und gingen dann mit Tränen in den Augen schnell hinaus.

(Schluß folgt.)

Kunstämpfe — Kunstkrämpfe

Unter diesem Titel schickt das „Karlsruher Tagblatt“ (Nr. 38 v. 4. Febr. Abendausg.) einen Kämpen vor zur Behandlung der zur Zeit an der Landeskunstschule schwebenden Fragen.

Der (natürlich anonyme) Kritiker beginnt mit einem Loblied auf den „großen Ruhm“ der Karlsruher Akademie der letzten 30 Jahre. Er vergißt aber zu erwähnen, wie dieser Ruhm geendet hat, und wie der Kurs, der besonders in dem letzten Jahrzehnt vor dem Umsturz gestiegen wurde, so verhängnisvoll war, daß die Revolution für die maßgebenden Zustände geradezu als eine Erlösung kam. Denn sie waren mit ihrem Latein völlig zu Ende. Wohl wirkte kurz vorher noch Trübner er als letzte große Befreiung aus einer früheren Zeit an der Akademie, aber sein Einfluß auf die Kunstgeschichtliche in Baden wurde in sehr enge Grenzen gebannt. Unter seinen Kollegen so, wohl wie im Ministerium wurde er, trotzdem er bereits europäische Berühmtheit nach sich zog, als gleichwertig mit den Karlsruher Lokalgrößen eingeschätzt, und er beklagte sich bitter über die Behandlung, die ihm von oben oft gegenüber andern, die sich in die auch damals sehr nötigen diplomatischen Gänge einfinden konnten, zu Teil wurde. Wie wenig man seiner Bedeutung gerecht wurde, davon zeugt ja heute noch die Karlsruher Galerie. Mit rechtlichen Trübner-Bildern ist jede größere deutsche Galerie besser ausgestattet als der Ort, an dem Trübner auf der Höhe seines Schaffens und seines Ruhmes gewirkt hatte.

Wie der „große Ruhm“ der Akademie am Ende der erwähnten 30 Jahre von den Sachverständigen eingeschätzt wurde, kann man daraus entnehmen, daß fast die gesamte badische Kunstlerkammer, die sich nach der Revolution in der „Organisation der Künstler Baden“ eine Vertretung zu schaffen versuchte, gegen die an der Akademie herrschende, engstirnige und verhängnisvolle Diktatur protestierte und in Klagen darüber ausbrach, was aus der Karlsruher Akademie geworden war. Die führenden Männer dieser Bewegung (Vorstände der Organisation waren Goebel, Grimm, Gebhardt und Wolf) waren gewiß keine Revolutionäre von Haus aus und sie gebieten ganz verschiedenen Kunstrichtungen an. Und auch von den drei Männern, die das Ministerium sodann zur Sanierung der badischen Kunstankalten berief, wurde die Auffassung von der Sterilität der Anstalt geteilt, also von Männern, die durchaus keine negativ revolutionären Naturen waren und deren Namen heute noch von der deutschen Kunstwelt und wohl auch vom „Karlsruher Tagblatt“ als Langballe genannt werden. Etwas mehr Vorsicht ist schon am Platz, wenn man das alte Loben will, nur um das neue herabsehen zu können.

Nach dieser einleitenden merkwürdigen captatio benevolentiae beginnt der Anonymus einen Tanz im Kreise herum. Im ersten Teil wird nämlich bemängelt, daß die Verwaltungsbehörde bei der Bestellung von Lehrkräften diktatorisch vorgegangen sei, im zweiten Teil wird von der Regierung zur Behebung behaupteter Mißstände ein „Mühner Griff“, also diktatorisches Vorgehen bei der Befreiung der freien Stelle verlangt. Was soll nun die Regierung machen, um sich nicht von neuem dem schmerzlichen Tadel von Herrn K. M. A. ausgesetzt zu sehen?

Weiter wird im ersten Teil das neue System der Landeskunstschule als falsch bezeichnet und die am Ausbau dieses Systems angestellten Lehrkräfte an den Pranger gesetzt, am Schluß des Artikels wird aber als Rettungsmittel aus der Not gerade wieder das empfohlen, was im großen und ganzen als das Programm des neuen Systems erscheint. Denn man verurteilt ja gerade auch tüchtige Praktiker mit pädagogischem Talent an die Schule zu bringen, sah weniger auf genialische Persönlichkeit und betonte mehr den Schul- als den Akademikercharakter der Anstalt. Es scheint, daß sich der Kritiker von dem heutigen Betrieb derselben gar nicht genügend Einblick verschafft hat, sonst könnte er nicht die Behauptung aufstellen, der Schule fehle es heute im Gegensatz zu früher an Ordnung und Tradition.

In der Verquickung von Akademie und Schule erblicke ich einen der Gründe für das Verlagen der staatlichen Kunstankalten Deutschlands in der Zeit vor dem Kriege. Und halte es deshalb für einen Fortschritt, die Anstalten aus diesem Dilemma heraus nach einer der beiden Seiten hin zu entwickeln. Nachdem da und dort die ersten zaghaften Schritte in dieser Richtung unternommen wurden, erhoffte ich von der Erfahrung die die Zeit bringen wird, eine Klärung und Befreiung. Aber nur nicht mehr zu der Gedankenlosigkeit des Ephemers vor dem Kriege zurückzuführen, das sich tatsächlich eingelassen hat und in dessen Empfehlung die Ausführungen des Artikelverfassers, soweit man sie überhaupt ernst nehmen kann, zu gipfeln scheinen. Ob die Vereinigung von Kunstgewerbe- und Kunstschule dabei richtig war, wage ich auch heute noch zu bezweifeln. Als dieser Plan seiner Zeit hier auftraf, habe ich ihn in einem Aufsatz im „Karlsruher Tagblatt“ bekämpft. (Daher war das Tagblatt bekanntlich fortgeschrittlich orientiert und nahm auch Ansichten aus dem „anderen“ Lager auf.) Von einem einzigen hiesigen Künstler wurde mir damals ein private Zustimmungserklärung zuteil. Alle anderen, die bald nachher über die Anstalt und verschlehte Maßnahmen jammerten, haben in dieser sowie in allen andern Fragen in jener Zeit geirrt.

Die Tatsache, daß es nicht möglich war, eine Persönlichkeit wie Haußmann trotz des guten Willens, wie ich glaube, aller Beteiligten (einschließlich desjenigen Haußmanns selbst) an der Anstalt zu halten, bestätigt mich in der Auffassung, daß wie Anstalt hätten, die Frage nach der Möglichkeit und der Berechtigung staatlichen Kunstbetriebes von Grund aus durchzudenken. Aber der hier auftauchende Fragenkomplex ist m. E. zu ernst und bedeutungsvoll, um in dem polemischen Tone des Tagblattes behandelt zu werden.

Was hat aber der gute Mann gegen Professor Haußmann, daß er so sehr fürchtet, die Regierung könne den Versuch machen, ihn doch noch dem Lande zu erhalten? Der Anonymus unterstellt, ohne auch nur das geringste Angebot eines Beweises, jenem Künstler Pläne und Absichten, die ihn in der öffentlichen Meinung herabwürdigend seien. Und das alles in einem häßlichen, durch das Verhalten des Herrn unterzeichneten in seiner Weise gerechtfertigten Tone. Derartige persönliche Angriffe gegen einen ausländischen Menschen anodum zu bringen, grenzt doch schon an feigen Revolverjournalismus. Warum verweigert die Redaktion des „Karlsruher Tagblattes“, das sich doch sonst immer als Verteidiger der guten alten Zeit aufwirft, in diesem Falle so sehr gute alte ritterliche Sitten?

Zum Schluß wird dann die Vorkaffung einer neutralen Kunstpersönlichkeit gefordert. „Neutrale Künstlerpersönlichkeit“ ist ein Widerspruch in sich. Der Versuch ihrer Vermittlung kommt dem zur Quadratur des Kreises gleich. Die Angst vor Persönlichkeiten, der Versuch, an ihre Stelle mit „Neutralen“ aufzutreten, ist der Anstalt vor dem Kriege schlecht bekommen.

Die neue Kunstpolitik hat gewiß nicht alle Hoffnungen zur Erfüllung gebracht, die in weiten Kreisen gehegt wurden, aber es zeigte sich doch das Bestreben, Künstler, die entweder als solche oder als Lehrer Bedeutendes zu leisten versprochen, nach Karlsruhe zu bringen. Die Zusammenziehung des Lehrkörpers ist heute vielfach tiefer und furchiger, als in den letzten Jahren vor dem Kriege. Es ist intolerant, dagegen zu wettern, daß man auch einen Vertreter einer extremen modernen Richtung berufen hat. So wenig die „modernen“ Künstler hier Segnungen gründen können, so wenig können wir 2 Kunstschulen hier haben, eine „alte“ und eine „moderne“. Dazu ist eben Baden zu klein und seine Mittel zu schwach. Solange man sich also nicht entschließen kann, die Kunst von staatlicher Bevormundung überhaupt frei zu machen, um die staatliche Kunstschule aufzulösen, solange müssen sich die Vertreter der verschiedenen Kunstrichtungen an der Anstalt miteinander vertragen. Und wenn es gelingt, die im großen und ganzen gesunde Mischung an der Anstalt zu erhalten, so kann man die Ankerkreise der realistischen Kunstkreise, die ihre alle Kleinereisen wieder erschienen, ohne Schaden für das badische Kunstleben überleben. Th. B. H.

„Haltet den Dieb!“

Hoho! Hoho!
Warum lärenen sie so?
Die Tintenfüll von Erimus Gnaden,
Die Schmucks von hohen Anpassungsgraden,
Die gemieteten Kapitals-Marktionen,
Die Preßschicks mit Majordepaulenten?
Da muß ein Stank zu verurteilen sein,
Woll die Kerle wie die Verleerer Ideler.
In der Tat, sie öffnen gewaltig das Maul
Und brüllen, der Freiheit sei oberauf,
Wenn einer mit Darmen ein Kalkett feigt,
Sie lassen, daß denn der Befrei verdrigt,
Die man so fein und geheim und geschickt
Die Hühner mit Galbmillen gepickt.
Dem Publikum wird etwas vorgekarrt,
Fast jeden Tag wird ein andrer „entlarvt“,
So wird seine Mädringung abgelent,
Doch es nicht an den Aufwärtungshinndel denkt.
Mit dem die ehrlichen Rationalen
Den Gimpelkang trieben bei den Wahlen.
Lamant! Lamant! ist jeder Nummer,
Dann fällt der Deutsche nicht so den Nummer,
Doch immer in Rän noch der Feind bestiekt,
Weil deutsche Studenten Soldatzen gepiekt!
Hui! Hui! Hui! Hui! Hui! Hui!
Schreit jeder gekaufte Pechstun,
Damit der Mensch aus dem Auge verliert,
Wie stark die Preße schon selbst korrumpiert,
Wie sie hauchentst vor dem Wille des Wolls,
Des angebeteten Großkapitals,
Wie sie als Gehänd auf alles bellt,
Was ihrem allmächtigen Wohlwollen mißfällt.
Loh! Loh! nur weiter! Wille! Schraub!
Doch jucht auch den Dummern, der es auch glaubt!
Derdinand Rabinger.

Ein neuer Schlag des Reichsfinanzministers gegen die Gemeindebeamtenschaft

Der Verband der Gemeindebeamten Badens hatte gestern seine Mitglieder von Karlsruhe und Umgebung in den Gartenhof des „Friedrichshofes“ eingeladen, um in einer mächtigen Protestkundgebung gegen die Verewigung des Besoldungsperreges Stellung zu nehmen. Anlaß hierzu gibt die Denkschrift des Reichsfinanzministers, die von unzulässigen Verallgemeinerungen und fahrlässigen Unrichtigkeiten getragene Kraft und die Gemeindebeamten Deutschlands der öffentlichen Verwaltung preisgibt. Diese Denkschrift ist von dem jetzigen Reichsfinanzminister im Reichsbesoldungsblatt veröffentlicht worden. Sie erhält dadurch amtlichen Charakter und trägt den Kampf in die Öffentlichkeit hinaus.

Die Versammlung war von Beamten des Landeskommissariatsbezirks sehr zahlreich besucht und gestaltete sich zu einer mächtigen Kundgebung gegen das Besoldungsperreges. Der Redner, Herr Oberinspektor Bähringer, Karlsruhe, ging auf die Entziehung des Sperreges ein, indem er hervorhob, daß der Kampf um das Besoldungsperreges so alt sei wie das Gesetz selber, daß die Sperremaßnahmen lediglich die obere Grenze beeinflussten, die Besoldungen der von dem Sperreges betroffenen Beamten der Länder, Gemeinden und öffentlichen Körperschaften nach unten aber nicht regelten. Die innere Verbindung zu dem Sperreges fehle, da die Eingruppierung der Kommunalbeamten in ihrer Gesamtheit nicht günstiger geregelt sei als die der Reichsbeamten. Dies ergebe sich aus einer Uebersicht für den Staat Preußen im Vergleich zu den Reichsbeamten. Nach der amtlichen Statistik seien in Preußen in den Besoldungsgruppen 1-3 0,40 Proz. Reichsbeamte, dagegen 21,87 Proz. Kommunalbeamte, in den Gruppen 4-6 52,01 Proz. Reichsbeamte und 42,51 Proz. Kommunalbeamte, in den Gruppen 7-9 31,36 Proz. Reichsbeamte, 28,12 Proz. Kommunalbeamte, in den Gruppen 10 und höher 7,23 Proz. Reichsbeamte und 7,47 Proz. Kommunalbeamte eingruppiert. Angeht es dieser Tatsachen, die in den übrigen deutschen Ländern kaum unähnlicher, zum Teil noch wesentlich günstiger ausfallen, sind Einkünfte des Reiches in die Länderhoheit und in die Selbstverwaltung der Gemeinden nicht zu veranlassen.

Der Redner erwähnt sodann die Beschlüsse der Nationalversammlung vom Jahre 1920, die Bestimmungen des Reichsfinanzministeriums vom Jahre 1922, in dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes das Sperreges zu verewigen, die Stellungnahme des Reichsrats vom April 1923, der eine Vorlage des Reichsfinanzministeriums um Verewigung des Sperreges durch den Reichsfinanzminister, der diese von ihm zurückgezogenen Verewigungen aufgrund des Ermächtigungsgesetzes ohne Zustimmung des Reichsrats nimmend in das Gesetz heringebracht habe, zu sprechen und erwachte, daß vom grünen Tisch des Reichsfinanzministeriums aus sowohl der Reichshüter als auch der Oberbürgermeister einer Städteordnungsstadt mit dem gesamten Beamtenapparat beantragt werde, daß der Reichsfinanzminister in Baden allein etwa 50 Besoldungsordnungen der Gemeinden mit Hunderten von Beamten beantragt habe und gegen die Besoldung das Reichsfinanzministerium anrufe, ohne überhaupt in der Lage zu sein, die Verhältnisse auch nur einigermaßen würdigen zu können. Dieser unerträgliche Zustand könne von der Beamtenschaft nicht länger hingenommen werden. Der Redner erwähnt sodann einzelne Fälle, die dem Reichsfinanzminister zur Verewigung seines Vergehens dem Reichstag und der Öffentlichkeit vorlegt. Die Tendenz, die aus der Denkschrift spreche, geht wohl am meisten hervor aus folgenden Bemerkungen: „Eine Stadt im rheinischen Ruhrgebiet hat noch nicht einer halben Million Einwohner gemährt ihrem Oberbürgermeister ein Gehalt von 41 000 M., ein Gehalt, das das des Reichsministers um etwa 50 v. H. übersteigt.“ Es würde zu weit führen, alle die Beispiele anzuführen, die in der Denkschrift des Reichsfinanzministers enthalten sind. Nur soviel kann gesagt werden, daß die Gegenentscheidungen des Reichsbundes der Gemeindebeamten Deutschlands, auch jedes zur Verewigung herangezogene Beispiel unter die kritische Lupe nimmt und berichtigt. Es ist in der Regierungsbegründung auch verewigen, daß die Spitzenorganisationen der deutschen Beamtenschaft, und zwar sowohl der Deutsche Beamtenbund, in dem rund eine Million deutsche Beamte aller Verewaltungen des Reiches, der Länder und Gemeinden zusammengeschlossen sind, als auch der Allgemeine Deutsche Beamtenbund erst in allerletzter Zeit zu wiederholten Malen einstimmig die Verewigung des Sperreges verlangt und daß die Gesamtschulden durch Personalangaben, insbesondere auch das Ansuchen der Personalangaben seit der Verewigung, im Vergleich zu den gleichartigen Reichsbeamten das Durchschnittliche des Besoldungsgesetzes nicht rechtfertigt. Die 250 000 Gemeindebeamten Deutschlands müssen endlich aus der Ungerechtigkeit hinsichtlich der Besoldungsregelung erlöst werden. Das Damoklesschwert des geistlich unbegrenzten Einspruchs und Änderungsrechts dürfte nicht dauernd über ihnen schweben.

Es gelangte eine Resolution einstimmig zur Annahme, in der es u. a. heißt:

„Die badische Gemeindebeamtenschaft verurteilt das Verewigen des Besoldungsperreges auf dem entschiedensten. Die deutsche Gemeindebeamtenschaft muß diese Denkschrift als einen neuen schweren Schlag gegen ihre Reichsbeamtenschaft betrachten. Die badische Gemeindebeamtenschaft fordert ihre Spitzenorganisation und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Öffentlichkeit von der Unmöglichkeit der Erhaltung des Besoldungsperreges und der verewigten Wirkung desselben aufzuklären. Sie erwartet von den Organisationen der badischen Städte und Gemeinden, daß sie sich im Interesse der Gemeinden gegen die Aktion des Reichsfinanzministers energisch zur Wehre setzen.“

An den Reichstag wurde folgendes Telegramm geschickt: „Wir erheben gegen die ungeschickte, tendenziöse Denkschrift des Reichsfinanzministers über das Besoldungsperreges Protest und erwarten vom Reichstag die Aufhebung des Besoldungsperreges.“

Die Ausführungen des Redners wurden oft von Entrüstungsrufen unterbrochen, besonders als er das Verhalten des Reichsfinanzministeriums scharf kritisierte. Die stürmische Zustimmung am Schluß des Vortrages bewies, daß die Versammlung mit dem Referenten einig ging.

Die Versammlung, an der auch die Landtagsabgeordneten Weichmann und Mann, sowie verschiedene anwesende Beamte teilnahmen, beschloß keine Aussprache und nahm einen eindrucksvollen Verlauf.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle. Christian Weich, Schlosser, alt 69 Jahre. Franziska Allinger, alt 80 Jahre, Witwe von Karl Allinger. Weichfräulein Franz Ruhn, Wagenwärter a. D., alt 79 Jahre. Juliane Köpfe, alt 56 Jahre, Witwe von Ed. Köpfe, Schneider.

Karlsruher Chronik

• Karlsruhe, 12. Februar

Geschichtskalender

12. Februar, 1804 (Der Philosoph Immanuel Kant in Königsberg (Ostpreußen). — 1800 (Charles Darwin, Naturforscher, in Shrewsbury. — 1837 (Der Schriftsteller Ludwig Büchner in Paris.

Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

Jungsozialisten. Freitag, 13. Febr.: Zusammenkunft im Jugendheim mit wichtiger Besprechung. Es wird das Erscheinen sämtlicher Genossen erwartet.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Jugendabteilung. Am Freitag, 13. Febr., abends 8 Uhr, findet im großen Saal des Jugendheims, Müppurstr. 1, eine Baumweiserfrage, eine Jugendkammerkunft statt. Anfolge der überaus wichtigen Tagesordnung, u. a. Vortrag, ist ein vollzähliger Besuch der Versammlung Pflicht aller Jugendmitglieder.

Bezirk Südwest. Die Kameraden werden daran erinnert, daß unter Ausmarsch am Sonntag, 15. Febr., stattfindet. Treffpunkt 1/2 8 Uhr am „Eholf“, Müppurstr. 1. Abmarsch punkt 8 Uhr. Vollzählige Beteiligung aller Kameraden ist Pflicht.

Die Karlsruher Stiefelsohlenpreise vor der Strafkammer

Die badische Landesstaatsanwaltschaft hat den Anwalt, ein recht neueres Pflaster zu sein. Die letzten amtlichen Erhebungen haben sogar ergeben, daß Karlsruhe unter den neueren Städten an der Spitze marschiert, eine Frage, die der Kammer nicht entgehen wird. Karlsruhe ist zu ziemlich am ersten Stelle und voriges Jahr nahm das städt. Preisprüfungsamt Verewigung, Untersuchungen darüber anzustellen, ob die Preise für Schuhreparaturen nicht zu hoch sind. Die Schuhreparatur hat in vorigen Jahre beschlossen, die Preise für Sohlen und Felle (genäherte Arbeit) auf 7,30 M. festzusetzen. Gleichzeitig wurde in der Versammlung im April 1924 der Beschluß gefaßt, öffentliche Untersuchungen an Fenster usw. unter Strafandrohung zu verbieten. Einigen Schuhmachern war dieser Preis zu hoch und sie gaben durch Inzertate bekannt, daß sie zu billigeren Preisen die Sohle beschließen. Darauf erhielten sie vom Obermeister der Schuhmachervereinigung, Herrn Schuhmachermeister Baehre ein Verewigungsbefehl mit Strafandrohung. Baehre wurde deshalb durch Strafbefehl wegen Preisstreben und Leistungswunders zu einer Woche Gefängnis verewigt. In einer Schöffengerichtsverhandlung erhielt er jedoch eine Geldstrafe von 100 M. wegen preistreibenden Nachschaffens. Von der Kammer wegen Leistungswunders erfolgte Preisfreisetzung. Gegen dieses Urteil legte sowohl der Berufte als auch die Staatsanwaltschaft Berufung ein.

Vor der Strafkammer fand gestern die Verewigung Verhandlung in dieser Sache statt. Der Angeklagte machte geltend, daß der von ihm verlangte Preis von 7,30 M. nicht zu hoch gewesen sei, denn es handle sich hier um tadellose Arbeit unter Verwendung des besten Materials. Was die Preisfreiheit anbelange, so sei der Beschluß der Kammerverewigung so aufzufassen gewesen, daß überhaupt keine Preise veröffentlicht werden sollen. Er beschwore es als einen redaktionellen Fehler, wenn es geübt habe, daß Untersuchungen nicht in Zeitungen im, bekanntzugeben werden dürfen. Auf die Frage des Vorsitzenden wie er denn dazu gekommen sei, anders zu schreiben, was er festsetzte, erklärte der Angeklagte, daß die Fehler daraus amerkommen, daß der Angeklagte erst von einem redaktionellen Fehler sprach, es sei dies ganz neu. Auf den im Wahrscheinlich der Kammer und demnach wurde der Beschluß erst im August von der Kammer geändert. Der Angeklagte machte weiter geltend, daß ein Verbot der öffentlichen Bekanntgabe von niedrigeren Preisen gegen die Kammerverewigung verewigt und keine freie Wirtschaft bedeute, wo bekanntlich das freie Spiel der Kräfte die Preise regelt. Es entsetze die Frage, ob ein Preis von 7,30 M., der doppelt so hoch sei wie zu Friedenszeiten, berechtigt wäre, denn die Arbeiter und Beamten hätten doch auch keine doppelten Löhne und Gehälter. Der Angeklagte begründete das näher den geforderten Preis von 7,30 M. Er machte u. a. geltend, daß der Lederpreis doppelt so hoch sei wie vor dem Kriege und die Löhne und Löhnen ebenfalls gestiegen wären. Der dem Kriege habe eine Arbeitszeit von 16-18 Stunden bestanden, während heute für Schiffe und Bekleidung der Achtstundentag bestehe. (Daß in allen Schuhmacherverewigungen die Bekleidung nur 8 Stunden arbeiten brauchen, daran möchten wir zweifeln. (Die Red.) Der Angeklagte erklärte, daß er die Verewigungsbekanntgabe nicht mehr zurücknehme, was dem Vorsitzenden Verewigung gab, ihm zu erwidern, daß es ihm also doch besser ergehen müsse wie vor dem Kriege.

Es wurde sodann eine Reihe von Zeugen vernommen. Ein Zeuge vom Preisprüfungsamt stellte fest, daß in anderen Städten das Schuhsohlenpreisen damals billiger gewesen wäre wie in Karlsruhe und daß bei die Geschäftsumfassen nur 75 ja sogar 52 Proz. betragen, sowie 15 Proz. Gewinn in Anwendung gekommen seien gegenüber 100 Prozent Geschäftsumfassen und 20 Prozent Gewinn in Karlsruhe. Von den als Zeugen geladenen Schuhmachern besagten einige, daß der Preis von 7,30 M. nicht zu hoch wäre, während andere, wie aus ihren Aussagen hervorging, zu einem billigeren Preise arbeiten. Bei einem Zeugen haben sich die Preise trotz der Schwankung der Lederpreise die ganze Zeit über nicht verändert. Ein weiterer Zeuge konstatierte, daß er von einem Geschäft, das einen billigeren Preis inzeriert habe, schlechte Arbeit bekommen hätte.

Es erfolgte sodann die Gutachten der Sachverständigen aus Schuhmacher- und Lederhändlerkreisen. Ein Sachverständiger bezeichnete einen Preis von 7,07 M. für langgediebte Sohlen mit Felle als richtige Anskulation, während der Sachverständige von der Schuhmacherei des Gewerkschaftsartells für diese Arbeit bei Verwendung besten Materials einen Preis von 6,10 M. hoch genug findet.

Der Staatsanwalt hielt denn auch die Anklage aufrecht und betonte auf Grund seiner Verewigung, daß der geforderte Preis von 7,30 M. zu hoch sei. Außerdem stelle das Verbot der Bekanntgabe der niedrigeren Preise preistreibende Nachschaffens dar. Das Urteil, das vom Vorsitzenden Landgerichtsrat Venderz verewigt wurde, lautete auf 100 M. Geldstrafe wegen preistreibenden Nachschaffens. Von der Kammer wegen Leistungswunders wurde der Angeklagte freigesprochen. Es ist hiermit das Urteil des Schöffengerichts schuldig worden. In der Begründung wird u. a. angeführt, daß Baehre nicht vorzätzlich gehandelt habe, sondern in guten Glauben, daß in Anwendung an die Richtlinien der Deutschen Schuhmacherverewigung ein Preis von 7,30 M. gerechtfertigt sei. Bezüglich des Verbots der Bekanntgabe der Unterbietung der Preise bringt die Begründung zum Ausdruck, daß es inkonsequent ist, auf der einen Seite die

freie Wirtschaft angustreben und auf der anderen Seite die freie Wirtschaft durch Preisbindungen zu unterbinden. Wie wir erfahren, will Baehre auch gegen dieses Urteil Berufung einlegen, indem andere Gerichte in den gleichen Fällen auf Preisfreisetzung erlanten.

Generalversammlung des Deutschen Verkehrsverbundes (Transportarbeiter-Verband), Ortsverwaltung Karlsruhe und Umgebung

Die Jahresgeneralversammlung des Deutschen Verkehrsverbundes fand am letzten Sonntag unter zahlreicher Beteiligung statt. Den Geschäfts- und Kassensbericht erstattete der Geschäftsführer Koll. F. 15 h. z. Aus dem Bericht war zu erkennen, daß auch im Jahre 1924 eine gewaltige Arbeit zu leisten war. Galt es doch bei Beginn des Jahres die Folgen der Inflation zu beseitigen, die Mitglieder zu sammeln und was das wesentliche ist, den Ansturm der Arbeitgeberverbände, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne zu kürzen, abzuwehren. Die geschäftliche Tätigkeit war daher eine sehr rege. Posteingänge waren 1824 Postausgänge 246 zu verzeichnen. Schriftsätze für Mitglieder wurden 140 angefertigt, mündliche Auskünfte in Arbeitervereinsberatungen und Reichsstädten an Mitglieder 801 erteilt. Versammlungen fanden 221 statt, Sitzungen und Besprechungen 146, Lohnbewegungen wurden 61 geführt, davon 2 Wochenbewegungen. Bei einer Bewegung kam es zur Arbeitszeiterhöhung. Außerdem waren Verewigungsmittel in drei Streiks anderer Gewerkschaften am Platze beteiligt. Alle Bewegungen wurden mit Erfolg durchgeführt, mit Ausnahme der Dezemberbewegung im Großhandel, die bis jetzt noch nicht ganz erledigt ist. An den Bewegungen waren 7 783 Personen beteiligt. Auch diese Ausprägung fand anlässlich der Feier des 1. Mai statt. Diese konnte aber bis zum Mittag des 2. Mai mit vollem Erfolg für die Arbeiter beielegt werden. Neben vielen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß mußten eine große Anzahl von Kollegen vor dem Gewerbeamt vertreten werden. Bei vielen Differenzen wurden die Interessen der Mitglieder gewahrt. In der Frage kommenden Kollegen und Kolleginnen fanden die so notwendige Unterstützung bei der Verewigung. Ohne Organisation wären sie schuldig der Arbeitgeberwillkür preisgegeben.

Die außerordentlich rege Verewigungstätigkeit blieb denn auch nicht ohne Erfolg, was insbesondere aus dem Kassensbericht zu ersehen war. Eine gewisse Gebundung in ideeller und materieller Beziehung läßt sich schon konstatieren. Auch der Zustimmung neuer Kämpfer nimmt wieder zu. So konnten im verewigten Jahre 367 Zugänge gebildet werden. Ueber 8000 M. Unterstützungen aller Art wurden an die Mitglieder ausbezahlt. Auch das konnte nur ermöglicht werden durch das einmütige Zusammenarbeiten sämtlicher Funktionäre, Sektionsleitungen, Gewerkschaften usw. mit der Geschäftsleitung. Kollege F. 15 h. z. schloß seinen recht beifällig aufgenommenen Geschäftsbericht mit dem Wunsch, daß alle Mitglieder auch im Jahre 1925 ihre Pflicht tun, damit weitere Erfolge erkämpft werden können.

Der Gewerkschaftsleiter Koll. F. 15 h. z. erwähnte, daß die Verhältnisse im Gau Oberbaden und Württemberg ähnlich liegen wie in Karlsruhe, daß auch dort eine erfolgreiche Gebundung der Verewigung zu konstatieren ist.

Die anschließende Diskussion handelte über die Höhe. Rechtschaff wurde dazu Stellung genommen, daß gewisse Sympathien immer und immer wieder versuchen, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne so nieder zu halten, daß ein Auskommen damit einfach unmöglich ist. Insbesondere wurden die Herren von Großhandel unter die Lupe genommen, die in der letzten Zeit jedes Verewigung für die soziale Lage ihrer Arbeiter vernichten lassen. Die Verewigungslösung wurde aufgedrängt, mit aller Schärfe dagegen anzukämpfen und alle Mittel auszunutzen, den Widerstand der Arbeitgeber gegen eine gerechte Verewigung ihrer Arbeiter zu brechen. Auch in den Schieferverewigungen müßte alles darangesetzt werden, den Kollegen eine menschenwürdige Arbeitszeit und Verewigung zu verschaffen. In einzelnen Betrieben werde sehr viel gefündigt. Wenn es nicht anders geht, soll das Gewerbeamt auf die Uebelstände aufmerksam gemacht werden. Im Nebenigen wurde der Verewigung der Wirtschaft in die Enge zu treiben. Ebenso einstimmig wurde die bisherigen Ortsverewigung und Gewerkschaftsmittel wieder genehmigt.

Außerdem noch der Kollege Sill verschiedene Anfragen beantwortete, insbesondere die des Vorsitzenden, daß die Verewigung (Delegiertenrat) vorübergehend außer Kraft zu setzen, angenommen war, konnte die sehr schon und anregend verewigte Verewigung vom Vorsitzenden, Koll. Vrendie, geschlossen werden.

Damen- und Fremdenlistung des Volkshaus West. Am kommenden Sonntag, 15. Febr., nachm. 4 1/2 Uhr beginnt, hält der Volkshaus West in den Marckschloffen der „Drei Linden“ in Mühlburg eine großangelegte Damen- und Fremdenlistung ab. Die Euten des Vereines entfalten schon seit Wochen und Monaten eine derart emigre Tätigkeit, daß man auf allerbaldigst gefaßt sein kann. Soviel kann heute schon festgestellt werden, daß die berühmtesten Württemb. unterer Kontingents ihrer Mitwirkung zugesagt haben, die durch ihre Ausprägungen das hässliche Volk in Staunen versetzen werden. Freunde eines edlen und unverfälschten Humors werden es nicht verewigen, die Verewigung zu besuchen.

Für nur 35 Pfg.
kann man sich einen prachtvollen Nachtisch bereiten, denn aus Dr. Oetker's Puddingpulver stellt man einfach und schnell ein

Oetker-Pudding

her der namengebend für Kinder ein Hochgenuss ist. Am beliebtesten sind Vanille- und Mandel-Geschmack. Es gibt außerdem noch Himbeer-, Erdbeer-, Zitronen- und Ananas-Geschmack.

Für 3-6 Personen genügt:

1 Päckchen Dr. Oetker's Puddingpulver	.. M. 0.10
1/2 Liter Milch	.. ca. „ 0.17
2 Eißöffel (50 g) Zucker	.. „ 0.04
1 Eißöffel (20 g) Marga (oder Butter)	.. „ 0.04
	.. M. 0.35

Angericht wird der Pudding mit eingemachten Früchten oder Fruchtsaft, wenn nicht zur Hand, nimmt man Dr. Oetker's Saucenpulver, entweder Vanille- oder Schokoladen-Geschmack.

Verlangen Sie nur „Ornament-päckchen“ (niemals lose) mit der Schutzmarke „Oetker's Heilkopf“.

Die beliebtesten Oetker-Rezepturen erhalten Sie kostenlos in den Geschäften oder wenn vergriffen gratis und franco von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Pfannkuch
Corned-Beef
 offen
 1 Pfund **60** Pfg.
 1 Pfd.-Dose engl. **60** Pfg.
 6 Pfd.-Dose engl. **3 20** Pfg.
Pfannkuch

Mieter- u. Bauverein
 Karlsruhe e. G. m. b. H.
 Wir haben auf 1. März l. J. zu vermieten:
Servinusstr. Nr. 3, II. eine Wohnung von 2 Zimmern und Zubehör. 1268
Winterstr. Nr. 24a, III. Neubau gegen Hausanschluß eine Wohnung von 2 Zimmern u. Zubehör. Bewerbungen wollen im Büro bis Dienstag, den 17. l. Mts., abends 6 Uhr erfolgen, wobei die Vermietung freibleibend. 1268
 Karlsruhe, 9 Febr. 1925.
 Der Vorstand.

Zu verkaufen:
 Ineischlitziges, vollständiges Bett mit Federbett sowie ein einzelnes Bett mit Holz u. Matratze für 65 Mark. 1268
 Schützenstr. 4, Stb. I.

Pfannkuch
 Billige
Fette
 Nuß-Schmalz
 reines Pflanzenfett
 offen 1 Pfund **64** Pfg.
 1 Pfd. Würfel **70** Pfg.
 Kokosfett
 1 Pfd. Tafel **65** Pfg.
 Margarine
 1 Pfund von **65** Pfg. an
 Amerikanisches Schmalz
 garantiert rein
 1 Pfund **95** Pfg.
 Deutsch raffiniertes Schweine-Schmalz
 1 Pfund **1 15** Pfg.
Pfannkuch

Resi
 Waldstraße
 Ab Freitag:
DAS SCHÖNE ABENTEUER
 Aus dem Leben einer Frau, die ein Abenteuer suchte und einen — Mann fand.
 Darsteller: 1294
 Gg. Alexander, Eugen Burg, Vilma Banky, Ernst Reicher.
„Rumänien“ Landwirtschaft in der Walachei.

Maul- und Klauenflechte in Karlsruhe bett.
 Nachdem die Maul- und Klauenflechte unter dem Viehbestand der Firma Richter & Co. in Karlsruhe und unter dem Schweinebestand der Bad. Landwirtschaftskammer in Karlsruhe in der Gottesackerstraße hier erloschen ist, werden die mit anderer Verfügung vom 10. Januar 1925 angeordneten Sperrmaßnahmen hiermit wieder aufgehoben. 439
 Karlsruhe, den 10. Februar 1925. D. J. 16
 Bezirksamt. — Polizeidirektion B.

„Zum Salmen“
 Am La Wipplag
 Telefon 2019.
 Gut bürgerliches Speisereaurant.
 Warme Speisen zu jeder Tageszeit.
 Prima hausgemachte Wurstwaren.
 Freitag:
Schlachttag
 Reichhaltige Schlachtplatten in del. Galle.
 Samstag abend 6 Uhr: Rindfleisch.
 Anshank von H. Ratschbräu
 Sonntag früh **Frühchoppen-Konzert**
 unter Mitwirkung d. Schäfers Männerquartett.
 1215
 Fritz Weisel, Regger und Wirt.

„Zum Goldenen Faß“, Wielandstr. 18
 Morgen sowie jeden Freitag **Schlachttag**.
 Anerkannt gute Weine von 25 Pfg. an.
 1311 W. Genter.

„Krokodil“
 Jeden Donnerstag
Schlachtfest
 Münchener Löwenbräu, hell und dunkel
Märzenbier
 direkt vom Faß.
 1299 J. Mölch.

Tüchtiger Glaser
 (Rahmenmacher) gesucht
 Puh, Ruppurrerstraße Nr. 25.

Wir haben noch einen Restbestand an
Marmeladen und Konfitüren
 in 1 Pfund-Gläsern, in 2, 5 und 10 Pfund-Eimeren von anerkannt guter Qualität vorrätig und geben diese, um damit schnell zu räumen, zu äußerst billigen Preisen auch in kleinen Mengen und direkt an Konsumenten ab. Verkauf nur noch diese Woche in der Zeit von 9—12 Uhr vormittags und 2—5 Uhr nachmittags.
 Verkaufsort: Hardtstraße 33a.
Baldur A.-G.

Badisches Landestheater
 Donnerstag, den 12. Februar, 7—10 Uhr (8.—) A 16: Th.-Gem. 2101—2500, Volksh. 6
Die Fledermaus
IM KONZERTHAUS:
 7 1/2 bis nach 1/10 Uhr (4.50)
 Erstes Gastspiel des Ruffischen-Deutschen Theaters
Der blaue Vogel
 Die von der Volkshöhe für den 13. ausgegebenen Karten haben erst am Freitag, den 20. (Kaisertag) Gültigkeit.

Arbeiter
 kaufen ihre
 bl. Arbeitskleider,
Hosen, Windjacken, Anzüge, Mäntel, Gummi-Mäntel, Anzüge, Samakosen u. h. v. Teilschleppen u. Unterhosen
 sehr preiswert bei
Maier, Wendelschuhfabrik.

Sozialdemokrat. Partei Karlsruhe
 Morgen Freitag, 8 Uhr, spricht im „Café Rotwand“ die Reichstagsabgeordnete **Frau Toni Pfälz** aus München bei der Werbegruppe der Gewerkschafter über das **bayerische Konfordat** (Neuregelung der Kirchen- und Schulverhältnisse in Bayern).
 Alle Parteigenossen werden zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen. Der Vorstand.

Deutscher Eisenbahnerverband
 Ortsgruppe Karlsruhe (Geschäftsstelle Rantestr. 26).
 Sonntag, den 15. Februar, nachmittags pünktlich 2 Uhr beginnend, im Restaurant „Grünwald“, Ruppurrerstraße 2
Jahres-Generalfammlung

Tages-Ordnung:
 1. Geschäfts- und Kassenbericht.
 2. Rennung der Ertragsabrechnung und sonstiger Funktionen.
 3. Beratung und Beschlußfassung etwaiger Anträge.
 Zahlreichen Besuch erwünscht.
 Die Ortsverwaltung.
 J. M. Bärtle.
 Zutritt zur Generalfammlung nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.

Gesangverein d. Nähmaschinenbauer von Junker & Ruh.
 Samstag, den 14. Februar 1925
Grosser Masken-Ball
 im großen Saale des „Kühlen Krug“
Gut besetztes Orchester.
 Tanzleitung: A. Reischle.
 Beginn 7 1/2 Uhr.
 Eintritt: für Mitglieder 50 Pfg., für Nichtmitglieder Mk. 1.50.

Allgemeine Drischrankenkasse Karl. rube.
Zahlungs-Haufforderung.
 Der Einzahlungstermin der Beiträge zur Krankenkasse und Erwerbslosenversicherung für den abgelaufenen Monat verliert den Beiträger, welche die Beiträge almonatlich in der Zeit vom 4. bis 10. zu entrichten haben, ist abgelaufen. Die in Verzug gekommenen schuldner werden aufgefordert, bei dem jetzt beginnenden Einzug durch den Kassenboten an letzteren bei Vorzeigen des Fortsetzungsbescheides sofort Zahlung zu leisten. Wird an den Kassenboten nicht sofort Zahlung geleistet, dann gilt die Zustellung des Fortsetzungsbescheides als wiederholte Mahnung. In letzterem Falle erfolgt alsbald ohne weiteres die Zwangsverfolgung, wobei der Kassenbot stand berechtigt ist, Verzugsgebühren sowie eine Pfändungsanordnungsgebühr zu erheben. Die Krankentafelbeiträge sind bis zur vorchriftsmäßigen Abmeldung zu bezahlen. Arbeitgeber, welche nach jeder Lohnzahlung die Beiträge mit Nachweilung einzahlen, werden von dieser Maßnahme nicht berührt. 1293
 Karlsruhe, den 11. Februar 1925.
 Der Kassenverstand: Verwaltungsdirektion: W. Hof. St. amund.

„Dulla-Tee“
 gehaltvoll u. billig
 Wenn Du gesucht und nicht gefunden Das Beste was es gibt an **TEE** So fordere, wo Du bist Kunde Die „Gratisprobe“ **Dulla-Tee.**
TEE-, Kakao- und Vanille-Import
L. Richtersheimer, Mannheim
 Wiederverkäufer erhalten Gratisproben von **Hermann Manding, Karlsruhe.**
 Herrenstraße 4 — Telefon 5542.

Pfannkuch
 Sonder Angebot!
 Diese Woche billige

Seefische
 infolge großer Zufuhren direkt von der See, in schwerster Eispackung

Kabeljau
 topflos, im ganzen Fisch
 Pfund **32** Pfennig
 Im Anschnitt
 Pfund **34** Pfennig
 Großabnehmer Sonderpreise!
 Feinste frische
Tafelmargarine
 bester Butterersatz
 Pfund Markt **1.—**

Pfannkuch
Rastatter Anzeigen.
Brennholz-Versteigerung
 am Freitag, den 13. Februar, vormitt. 9 Uhr, mit Zusammenkunft im diesjährigen Viehschlag (Vogelweide) 440
5473 Wellen.
 Rastatt, den 11. Februar 1925.
 Der Oberbürgermeister.

Pfannkuch
 Täglich frische
 Sendung
Vollfett-Süß-Büchlinge
 40 Pfg.
 5 Pfd.-Riffchen
 1 90
Pfannkuch

In 30 Minuten Ihr Paßbild
 im Photogr. Atelier
 Rastattstr. 50. Eing. Adlerstr.
Kinderwagen,
 fast neu, zu verkaufen
 Kronenstr. 44, 2. Stb. I.
 Herrenrad 4 35, Damenrad 4 50 zu verkaufen.
 Edd. Sulzbergerstr. 22 (Baden), 1268

Zu verkaufen
 6 reibhahnb. Hüfner
 1923/1924 Brut
 Gindstraße 10 IV.

Schul-Artikel
 Briefpapiere
 Schreibwaren
 Ansichtskarten
 empfiehlt
Volksbuchhandlung
 Wöhrstr. 43. Tel. 2701.

Pfannkuch
 Neues
Silber-Sauerkraut
 12 Pfg.
 10.— Pfg.
Frankfurter Würstchen
 3 Paar 1 25 Pfg.

Pfannkuch
Rauchfleisch
 2.— Pfg.
Ausland-Speck
 1 30 Pfg.
Pfannkuch